
Vorsitz: Österreich**1159. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Donnerstag, 5. Oktober 2017

Beginn: 10.10 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 17.55 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter C. Koja
Botschafter K. Kögeler

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitz den neuen Ständigen Vertreter Tadschikistans bei der OSZE, S. E. Botschafter Idibek Kalandar.

Im Namen des Ständigen Rates bekundete der Vorsitz auch Kanada, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Türkei sein Beileid in Zusammenhang mit den jüngsten Anschlägen in diesen Staaten. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada dankten dem Vorsitz für seine Anteilnahme.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT DER DIREKTORIN DES BÜROS FÜR
DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND
MENSCHENRECHTE (ODIHR) ÜBER DAS
IMPLEMENTIERUNGSTREFFEN ZUR
MENSCHLICHEN DIMENSION**

Vorsitz, Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Estland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; sowie mit dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina) (PC.DEL/1281/17), Russische Föderation (Anhang 1), Schweiz (PC.DEL/1254/17 OSCE+), Türkei (PC.DEL/1291/17 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1250/17), Kasachstan, Norwegen

(PC.DEL/1289/17), Kanada (Anhang 2), Georgien (PC.DEL/1282/17 OSCE+), Armenien, Ukraine (PC.DEL/1270/17), Aserbaidshan (PC.DEL/1259/17 OSCE+), Heiliger Stuhl (PC.DEL/1257/17 OSCE+), Tadschikistan (Anhang 3), Kirgisistan (PC.DEL/1278/17 OSCE+), San Marino, Parlamentarische Versammlung der OSZE, Estland – Europäische Union (PC.DEL/1283/17), Polen

Punkt 2 der Tagesordnung: VORLAGE DES GESAMTHAUSHALTS-
VORANSCHLAGS 2018 DURCH DEN
OSZE-GENERALSEKRETÄR

Vorsitz, Generalsekretär (SEC.GAL/136/17 OSCE+), Estland – Niederlande (auch im Namen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Bewerberländer Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; sowie mit Andorra und Moldau) (PC.DEL/1285/17), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1251/17), Russische Föderation (PC.DEL/1255/17 OSCE+), Türkei (PC.DEL/1265/17 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/1253/17 OSCE+), Kasachstan (PC.DEL/1295/17 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/1292/17), Kanada (PC.DEL/1297/17 OSCE+), Armenien, Aserbaidshan (PC.DEL/1261/17 OSCE+), Kirgisistan (PC.DEL/1279/17 OSCE+), Frankreich (PC.DEL/1252/17 OSCE+)

Punkt 3 der Tagesordnung: BERICHT DES DIREKTORS DES
KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS

Vorsitz, Direktor des Konfliktverhütungszentrums (SEC.GAL/132/17 OSCE+), Estland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und San Marino) (PC.DEL/1284/17), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1256/17), Russische Föderation (PC.DEL/1258/17), Türkei (PC.DEL/1290/17 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/1294/17 OSCE+), Georgien (PC.DEL/1286/17 OSCE+), Armenien, Aserbaidshan (PC.DEL/1262/17 OSCE+), Kanada

Punkt 4 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Russlands fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine und rechtswidrige Besetzung der Krim*: Ukraine (PC.DEL/1271/17), Estland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/1287/17), Vereinigte Staaten von Amerika

(PC.DEL/1260/17), Türkei (PC.DEL/1276/17 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/1296/17 OSCE+), Kanada (PC.DEL/1300/17 OSCE+)

- (b) *Die Lage in der Ukraine und die Notwendigkeit, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen*: Russische Föderation (PC.DEL/1268/17), Ukraine
- (c) *Besorgnis über den angeblichen Missbrauch von Homosexuellen und Transgender-Personen durch die Polizei in Aserbaidschan*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1267/17), Kanada (PC.DEL/1298/17 OSCE+), Aserbaidschan (PC.DEL/1263/17 OSCE+), Frankreich
- (d) *Recht auf friedliche Versammlung in der Russischen Föderation*: Estland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien, Kanada und der Ukraine) (PC.DEL/1288/17), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1266/17), Russische Föderation (PC.DEL/1272/17 OSCE+)

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Vorbereitung des vierundzwanzigsten Treffens des Ministerrats der OSZE am 7. und 8. Dezember 2017 in Wien (MC.GAL/1/17 OSCE+)*: Vorsitz
- (b) *Fortsetzung der Gespräche über eine Verstärkung des Büros des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst*: Vorsitz

Punkt 6 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALESEKRETÄRS**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/138/17 OSCE+)*: Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
- (b) *Teilnahme des Generalsekretärs am slowakischen Sicherheitsforum am 2. Oktober 2017 in Pressburg und sein Treffen mit dem Präsidenten und mehreren hochrangigen Vertretern der Slowakei*: Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (SEC.GAL/138/17 OSCE+)

Punkt 7 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Verabschiedung der Ständigen Vertreterin Portugals bei der OSZE, Botschafterin M. da Graça Mira Gomes*: Vorsitz, Doyen des Ständigen Rates (Liechtenstein), Portugal
- (b) *Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Spanien*: Spanien (Anhang 4)

- (c) *Treffen des OSZE-Freundeskreises für Mediation am 9. Oktober 2017: Schweiz (auch im Namen Finnlands und der Türkei) (PC.DEL/1299/17 OSCE+)*
- (d) *Erfolgreicher Abschluss der Asiatischen Hallen- und Kampfsportspiele vom 17. bis 27. September 2017 in Aschgabat und die gemeinsame Erklärung von Turkmenistan und Brasilien „On Encouraging the Valuable Contribution of the Olympic Teams of Refugees to the Promotion of Peace and Human Rights“, die am 15. September 2017 auf der 36. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UNHCR) in Genf verabschiedet wurde: Turkmenistan*
- (e) *Ergebnisse der internationalen Konferenz zum Thema „Der Islam in einem modernen säkularen Staat“ am 28. und 29. September 2017 in Bischkek: Kirgisistan (PC.DEL/1280/17 OSCE+)*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 12. Oktober 2017, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

1159. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1159, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir danken der Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, für ihren Bericht über die Ergebnisse des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension (HDIM). Wir möchten Sie, Frau Direktor, und alle unsere Kollegen dringend ersuchen, sich an einer freimütigen und offenen Diskussion über den Stand der Dinge in diesem Bereich zu beteiligen.

Unsere Organisation ist mit ernststen Herausforderungen konfrontiert: Bekämpfung von Rassismus, Ultranationalismus und Neonazismus, Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten, Vorgehen gegen Antisemitismus und Intoleranz gegenüber Christen und Muslimen, Lösung von Migrationsproblemen, Verteidigung der Rechte von Kindern und Menschen mit Behinderungen, Verhütung von Gewalt gegen Frauen, Gewährleistung von Medienfreiheit und entsprechenden Arbeitsbedingungen für Journalisten, Ausrottung des Menschenhandels und viele andere.

Daher ist mit aller Entschiedenheit gegen die Versuche, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu verfälschen, vorzugehen ebenso wie gegen die Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Anhänger, Aufmärsche von Veteranen der Waffen-SS, die Verherrlichung krimineller Gruppen wie der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufständischen Armee, Erscheinungsformen des Neonazismus und andere aggressive Ideologien. Der in mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten begonnene „Krieg“ gegen Denkmäler für Soldaten der sowjetischen Befreiungsarmee, der dort ganz offensichtlich neonazistische und fremdenfeindliche Gefühle schürt, bestätigt, dass die Besorgnis in diesem Zusammenhang berechtigt ist.

Journalisten stehen im OSZE-Raum vor großen Herausforderungen: sie werden stigmatisiert, aggressiver Propaganda beschuldigt, abgestempelt und ausgewiesen. Medienschaffende werden schikaniert, bedroht und angegriffen.

Die Arbeit zur Bekämpfung von Antisemitismus und Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Muslimen ist weiterhin wichtig. Sie sollte umfassend und in allen drei Dimensionen ausgewogen sein. Unserer Meinung nach sind die Umsetzung des

Ministerratsbeschlusses von Basel und die Verabschiedung von Erklärungen über die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Muslimen von ganz entscheidender Bedeutung. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen Organisationen, wissenschaftlichen Kreisen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über eine „Arbeitsdefinition“ des Begriffs Antisemitismus zu diskutieren. Parallel zu diesen Erörterungen sollte jedoch auch an Definitionen für Intoleranz gegenüber Christen und Muslimen gearbeitet werden.

Angesichts dessen, dass internationale terroristische Organisationen Migrationsbewegungen nützen, um nach Europa zu kommen, erhält die Migrationsproblematik in Verbindung mit der Gewährleistung der Menschenrechte und der Sicherheit im OSZE-Raum eine besondere Bedeutung. Wir erinnern an die Ursache dieser Probleme in Europa, nämlich das unverantwortliche Vorgehen bestimmter Länder, um unliebsame Regierungen im Nahen Osten und in Nordafrika zu stürzen. Aus diesem Grund halten wir Aufrufe zu Lastenverteilung und gemeinsamer Verantwortung in diesem Zusammenhang für völlig unangebracht.

Die Ausrichtung der Wahlbeobachtungsmethodik des ODIHR nach den Grundsätzen einer professionellen und objektiven Wahlbeobachtung ist nach wie vor aktuell, ebenso wie der Entwurf eines Dokuments in diesem Bereich im Einvernehmen mit allen Teilnehmerstaaten.

Zur Lösung dieser und anderer Fragen braucht es einen Dialog. Wir stellen jedoch fest, dass nicht alle dazu bereit sind. Seit vielen Jahren schon sind die Diskussionen über die wichtigsten Probleme während des HDIM in Warschau von einer starken Politisierung geprägt. Trotz positiver Entwicklungen, die den Bemühungen des österreichischen Vorsitzes zu verdanken sind, stellte das diesjährige Treffen diesbezüglich keine Ausnahme dar. Auch jetzt noch können sich Kollegen aus der Europäischen Union nicht zurückhalten, Erklärungen mit politischer Schlagseite abzugeben. Und natürlich ist zu erwarten, dass andere westliche Länder es ihnen gleichtun werden. Ist das Ihrer Meinung nach ein konstruktiver Dialog?

Wieder einmal sehen wir uns gezwungen festzustellen, dass sich die westlichen Länder hartnäckig weigern, ihre müßigen Versuche aufzugeben, anderen ihren Standpunkt zum gesamten Spektrum der Menschenrechte aufzuzwingen. Wir haben immer wieder betont, wie wichtig es ist, nicht mit zweierlei Maß zu messen und ein einseitiges Demokratiemodell durchsetzen zu wollen. Dies kann tragische Folgen haben, wie wir es selbst am Beispiel des internen bewaffneten Konflikts in der Ukraine erlebt haben.

Ein weiteres Beispiel unverblümter Voreingenommenheit ist der Bericht, der kürzlich vom ODIHR über den Schutz von Menschenrechtsverteidigern veröffentlicht wurde. Erneut ist für uns ganz offensichtlich, dass die neue Leitung des Büros Ansätze verfolgt, die politisch beeinflusst sind. Wir betonen, dass es unzulässig ist, Formulierungen zu verwenden, zu denen kein Konsens besteht; damit überschreitet dieses OSZE-Durchführungsorgan eindeutig sein Mandat. So etwas wird nicht ohne Folgen bleiben.

Ich möchte nun auf die Methoden der Abhaltung des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension zu sprechen kommen. Auf keinen Fall verdienen alle Neuerungen im ODIHR Unterstützung. So limitiert zum Beispiel die Tatsache, dass eingeladenen Rednern eine unbegrenzte Redezeit gewährt wird, die Möglichkeit zum Meinungs austausch zwischen

den offiziellen Delegationen und den Vertretern der Zivilgesellschaft. Ein anschauliches Beispiel war die Podiumsdiskussion bei der Eröffnung des HDIM. Die Folge davon war, dass weniger Zeit für Erklärungen der Delegationen blieb, sogar bei der Ausübung des Rechts auf Erwiderung. Offenbar haben die Veranstalter den ursprünglichen Zweck des HDIM – die Prüfung der Umsetzung der Verpflichtungen – aus den Augen verloren.

Trotz der großen Zahl an registrierten Teilnehmern kommen von Jahr zu Jahr immer weniger Delegationen zum HDIM. Diesmal waren drei Länder gezwungen, dem Treffen fernzubleiben. Dieser alarmierende Trend erfordert unverzügliches Handeln.

Besorgniserregend sind auch die Versuche, vorher vereinbarten Themen mit Hilfe der ausführlichen Tagesordnung des HDIM eine andere Richtung zu geben. Dies passierte vor allem mit dem ausgewählten Thema der sozialen und wirtschaftlichen Rechte, bei dem der Schwerpunkt auf den Zusammenhang dieser Kategorie von Rechten mit Radikalisierung, Extremismus und Terrorismus gelegt wurde. Die Diskussion ging dann am eigentlichen Thema vorbei und der Moderator unterbrach sogar einige Redner. Wir halten es für wichtig, dass die ausführliche Tagesordnung in Absprache mit den Teilnehmerstaaten erstellt wird.

Als äußerst bedauernd erachten wir das Vorgehen unserer ukrainischen Kollegen, die versuchten, die unabhängigen Wortmeldungen aus der Gemeinschaft der Krimbewohner – Vertreter der dortigen nationalen Minderheit – zu übertönen, indem sie Redner mit Anträgen „zur Geschäftsordnung“ unterbrachen. Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension ist nicht der richtige Ort, um über territoriale Zugehörigkeit zu diskutieren, insbesondere wenn – wie im Fall der Krim – diese Frage bereits ein für alle Mal geklärt wurde: die Halbinsel ist fester Bestandteil der Russischen Föderation. Es ist bezeichnend, dass die westlichen Kollegen, die üblicherweise für die ungehinderte Teilnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen am HDIM eintreten, sich an dem von der ukrainischen Delegation ausgelösten Tumult beteiligten.

Ferner möchten wir auf die skandalöse Situation aufmerksam machen, die sich aus der Teilnahme des Vorsitzenden des Journalistenverbands der Krim, Andrej Trofimow, am HDIM ergab. Nach seiner Rede näherten sich ihm unbekannte Teilnehmer des HDIM ohne sichtbare Konferenzausweise und bedrohten ihn. Es ist leicht zu erraten, aus welchem Land diese Delegierten stammten.

Das ist unserer Meinung nach absolut inakzeptabel. Immer wieder müssen wir uns von westlichen Kollegen und Durchführungsorganen der OSZE anhören, es sei unzulässig, Vertreter der Zivilgesellschaft zu bedrängen. Und hier kommt es zu einer direkten Bedrohung eines Medienvertreters inmitten der größten regionalen Menschenrechtsveranstaltung. Wo sind die empörten Stimmen der Vertreter der „entwickelten Demokratien“ geblieben?

Vielen sollte dieser Zwischenfall bekannt sein, nachdem Trofimow ihn in seiner Erklärung erwähnte. Soviel wir wissen, informierte er auch den OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Harlem Désir, der ihn zur Kenntnis nahm; die Angelegenheit wurde aber nicht weiter verfolgt.

Wir appellieren an die Direktorin des ODIHR, Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, und an den OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Harlem Désir, sich unmissverständlich nicht nur von dieser skandalösen Begebenheit zu distanzieren, sondern auch eindeutig dazu Stellung zu

nehmen, dass auf einer OSZE-Veranstaltung Pressevertreter direkt bedroht werden. Denn was ist das anderes als ein Angriff auf die Medienfreiheit und eine unmittelbare Verletzung der OSZE-Prinzipien und –Verpflichtungen?

Seit geraumer Zeit besteht Bedarf an einer eingehenden Reform der OSZE-Veranstaltungen in der menschlichen Dimension, vor allem des HDIM. Wenn wir die Autorität und Relevanz dieses Gremiums stärken wollen, müssen wir uns ernsthaft mit der Optimierung seiner Arbeitsmethoden, seiner Dauer, den thematischen Schwerpunkten sowie der Straffung der Teilnahme von NGOs beschäftigen. Wir müssen eine annehmbare Dauer für die Arbeitssitzungen finden, sodass nicht durch die Beschränkung der Zeit für die Erklärungen von Delegierten auf eine Minute letztlich der Grundgedanke des HDIM zur Farce verkommt.

Wir rufen den österreichischen und den designierten italienischen OSZE-Vorsitz auf, sich um eine Wiederaufnahme der Erörterungen zu dieser Angelegenheit zu bemühen. Wir hoffen, dass das ODIHR Lehren aus der negativen Erfahrung des HDIM ziehen wird.

Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1159. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1159, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

wir danken Direktorin Gísladóttir für ihren Bericht über das kürzlich zu Ende gegangene Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) und richten bei dieser Gelegenheit auch unseren Dank an Polen für die herzliche Gastfreundschaft während unseres Aufenthalts in Warschau. Aus den Eindrücken, die dieses Treffen bei uns hinterlassen hat, möchte ich vier herausgreifen.

Erstens hat uns die Erfahrung im September in der Ansicht bestärkt, dass das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension nach wie vor als Ort der Begegnung für die Zivilgesellschaft und OSZE-Delegationen eine entscheidende Rolle spielt. Wie die Direktorin begrüßten auch wir die verstärkte Teilnahme der Zivilgesellschaft am HDIM sowie die Anzahl und Qualität der hervorragenden Veranstaltungen, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen und OSZE-Delegationen am Rande des Treffens organisiert wurden. Das Treffen bewies wieder einmal, dass ein eigenes Forum sinnvoll ist, bei dem die Teilnehmerstaaten die Umsetzung unserer gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen zusammen mit Mitgliedern der Zivilgesellschaft prüfen können – unabhängig davon, ob diese durch Einzelpersonen oder größere Organisationen vertreten ist. Auf dem HDIM kann die Zivilgesellschaft ihre Anliegen, konstruktive Kritik und Empfehlungen zu Bereichen, in denen sich die Teilnehmerstaaten verbessern können, äußern. Erfreut haben wir beobachtet, dass Teilnehmerstaaten und Zivilgesellschaft sowohl im Plenarsaal als auch auf den Nebenveranstaltungen konstruktiv zusammenarbeiteten; unserer Meinung nach hat die Mehrheit der Teilnehmer davon profitiert.

Zweitens haben wir die zunehmende Präsenz von staatlich organisierten NGOs (GONGOs) festgestellt, die von einigen Teilnehmerstaaten finanziert werden dürften. Dies ist insofern bedauerlich, als sie nicht nur glaubwürdigen zivilgesellschaftlichen Organisationen wertvolle Zeit stehlen, sondern auch die Zielsetzungen der Staaten, die sie entsenden, unterlaufen. Mithilfe von GONGOs andere Staaten anzugreifen führt zum Gegenteil des beabsichtigten Ergebnisses, da einer möglichen Kritik seitens der rechtmäßigen NGO oder anderer Teilnehmerstaaten der Wind aus den Segeln genommen wird. Der durchsichtige Einsatz von GONGOs wirft ein schlechtes Licht auf die Staaten, die sie finanzieren, und

schwächt die Wirkung ihrer Stellungnahmen. Wir sind daher der Meinung, dass Staaten, die GONGOs einsetzen, gegen ihre eigenen Interessen handeln.

Drittens sind wir aufgrund der Berichte über die Einschüchterung und Bedrohung von HDIM-Teilnehmern und deren Angehörigen tief besorgt. Teilnehmerstaaten, die so etwas tun oder billigen, verletzen ihre OSZE- und völkerrechtlichen Verpflichtungen. Kein Teilnehmerstaat ist im Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Verpflichtungen ohne Fehl und Tadel und unserer Ansicht nach haben die Teilnehmerstaaten die Pflicht, Kritik in aller Offenheit anzuhören und auf sie zu reagieren, anstatt mit Zwangsmaßnahmen kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Viertens haben die Veranstaltungen in Warschau uns in unserer Ansicht bestärkt, dass das HDIM ein einzigartiges offenes Forum ist und bleiben muss. Wir glauben, dass der freie Meinungs austausch ein unverzichtbarer Grundstein einer jeden demokratischen Gesellschaft ist und hilfreich beim Abbau von Spannungen und der Suche nach Lösungen für Missstände sein kann. Das HDIM gibt uns Gelegenheit, auf Kritik zu reagieren, unseren Standpunkt zu verteidigen und unsere Besorgnis im Umgang mit kontroversen, unwillkommenen, als unglaublich oder unzulässig empfundenen Meinungen zu erläutern. Unsere Delegation war tatsächlich über die Anzahl intoleranter und diskriminierender Beiträge auf dem HDIM besorgt. Gegen Hassreden müssen alle Teilnehmerstaaten immer und überall geschlossen und unmissverständlich auftreten, auch im Rahmen des HDIM. Dennoch müssen wir einräumen, dass diese Redner das Recht hatten sich zu äußern - auch wenn die zum Ausdruck gebrachten Ansichten im Widerspruch zu den von allen Teilnehmerstaaten eingegangenen OSZE-Verpflichtungen standen. Ihr koordiniertes Auftreten beim HDIM bestärkt uns nur in unserer Auffassung, dass wir als Teilnehmerstaaten unbedingt mit einer Stimme dagegen halten müssen, denn Inklusion und Respekt für Vielfalt sind der richtige und einzig vernünftige Weg für demokratische Staaten. Erfreut nahmen wir zur Kenntnis, dass viele Teilnehmerstaaten von ihrem Recht auf Erwidern Gebrauch machten, um Äußerungen der Intoleranz mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, und stellten fest, dass diese Reaktionen von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf dem Treffen sehr geschätzt wurden.

Herr Vorsitzender,

ich möchte im Namen Kanadas ODIHR und seiner Direktorin Gísladóttir sehr herzlich für die Ausrichtung des diesjährigen, dynamischen und bereichernden HDIM danken. Erwartungsvoll sehen wir unserer aktiven Beteiligung an den bevorstehenden ODIHR-Veranstaltungen 2017/2018 entgegen; sie sind für uns das Herzstück der Bemühungen der OSZE im Bereich der menschlichen Dimension, die zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in der gesamten Region beitragen. Wir freuen uns darauf, uns konstruktiv mit anderen Teilnehmerstaaten darum zu bemühen sicherzustellen, dass das HDIM auch weiterhin ein offenes und wirksames Forum für die Auseinandersetzung mit unseren gemeinsamen OSZE- und anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen bleibt.

Abschließend ersuche ich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1159. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1159, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION TADSCHIKISTANS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation der Republik Tadschikistan schließt sich den Vorrednern an und heißt die Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Ingibjörg Sólrún Gísladóttir bei dieser Sitzung des Ständigen Rates willkommen und dankt ihr für die Vorstellung der Ergebnisse des jüngsten OSZE-Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension (HDIM).

Wir haben den Ständigen Rat, die OSZE-Vorsitze, das ODIHR und das OSZE-Sekretariat wiederholt auf die illegalen Aktivitäten von Vertretern der sogenannten Partei „Islamische Wiedergeburt Tadschikistans“ (IRPT) und anderer Gruppen aufmerksam gemacht, die vom obersten Gericht Tadschikistans im September 2015 verboten wurden, nachdem ihr versuchter Staatsstreich gescheitert war. In diesem Jahr haben wir auch unser Ersuchen wiederholt, dass die Anmeldung und Teilnahme am HDIM von Personen, die schwere Verbrechen und Terrorakte verübt haben, nicht gestattet werden sollte. Wir haben als OSZE-Teilnehmerstaat darum ersucht, dass Kriminellen nicht gestattet werden sollte, das HDIM in eine politische Show umzufunktionieren und das Treffen dazu zu benutzen, inakzeptable und feindliche Ideen und Ziele zu propagieren.

Leider wurden unsere Warnungen und Bedenken in den Wind geschlagen. Das ODIHR hat im Gegenteil, indem es das Ersuchen eines Teilnehmerstaats ignorierte, einer großen Anzahl terroristischer Elemente, Krimineller und nicht identifizierter Personen eine gute Gelegenheit verschafft, am Treffen teilzunehmen und darüber hinaus eine Reihe von Nebenveranstaltungen zu organisieren, um Hassreden zu halten und offen zum gewaltsamen Sturz der Regierung Tadschikistans aufzurufen.

In den Vorjahren hat sich die offizielle Delegation Tadschikistans aktiv an den HDIM beteiligt und dabei einen nützlichen und konstruktiven Dialog mit NRO und zivilgesellschaftlichen Gruppen geführt. Tadschikistan hat fortlaufend konkrete Schritte unternommen, seine internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte zu erfüllen, indem es die aktive Teilnahme politischer Bewegungen und Parteien, der Zivilgesellschaft und der Massenmedien am politischen Leben des Landes gewährleistet hat. Heute sind in

Tadschikistan 2589 Nichtregierungsorganisationen und sieben verschiedene politische Parteien registriert, die frei arbeiten können.

Dieses Jahr hat die Regierung Tadschikistans – sowohl aufgrund der bitteren Erfahrung des letzten Jahres als auch wegen der unzulässigen Anmeldung krimineller Elemente zur Teilnahme an dem diesjährigen Treffen – beschlossen, zum ersten Mal nicht am HDIM teilzunehmen.

Wir sind der Auffassung, dass eine solche geringschätzig Haltung in Bezug auf die Besorgnisse eines Teilnehmerstaats das Vertrauen beschädigt, wechselseitiges Misstrauen vergrößert und die Bemühungen um eine Zusammenarbeit und einen Dialog in gegenseitiger Achtung in der OSZE unterminiert.

Wir sind auch der Auffassung, dass sich das ODIHR an den Erwartungen der OSZE-Teilnehmerstaaten zu orientieren hat. Deshalb halten wir es besonders zum jetzigen Zeitpunkt für nötig, die Diskussionen betreffend Änderungen der Modalitäten von ODIHR-Veranstaltungen, darunter das HDIM, fortzusetzen.

Wir fordern den österreichischen OSZE-Vorsitz und den designierten italienischen Vorsitz auf, sich für eine Verbesserung der Praxis der guten Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten und dieser OSZE-Institution einzusetzen, um eine weitere Krise in der Organisation zu vermeiden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um die Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1159. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1159, Punkt 7 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Herr Vorsitzender,

letzte Woche habe ich das Wort ergriffen, um Sie über die Lage in Spanien hinsichtlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu informieren. Heute möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die jüngsten Ereignisse in meinem Land lenken, die durch die separatistische Herausforderung der Regierung Kataloniens ausgelöst wurden – eine Herausforderung, die sich gegen die spanische Verfassung, das katalanische Autonomiestatut und die spanische Demokratie richtet. Die fortwährenden Verstöße gegen die rechtmäßige Ordnung haben zu einem tiefen Riss und zu wachsenden Spannungen in der Gesellschaft geführt.

Die am 6. und 7. September vom katalanischen Parlament verabschiedeten Gesetze über die Abhaltung des Referendums, über die Gründung und den rechtmäßigen Übergang zu einer sogenannten „Republik“ verstießen gegen die grundlegendsten parlamentarischen und demokratischen Normen. Sie wurden entgegen der Stellungnahme des Rechtsdienstes des besagten Parlaments verabschiedet und vom spanischen Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Die Regierung Kataloniens setzt sich über alle Gerichtsentscheidungen hinweg und verstößt weiterhin gegen die Verfassung, die Gesetze und gerichtliche Anordnungen und Entscheidungen; darüber hinaus verfolgt sie nach wie vor einen Plan, der nach dem sogenannten „Referendum“ vom 1. Oktober den Bruch mit dem demokratischen Rechtsstaat vorsieht.

Was wir am 1. Oktober erlebten, waren Akte des Ungehorsams und der Missachtung der Justizbehörden, veranlasst von eben jenen Institutionen, die den Staat in Katalonien repräsentieren. Die Legitimität der autonomen Institutionen Kataloniens geht von der spanischen Verfassung von 1978 aus, einem Pakt für das Zusammenleben aller Spanier, für den im selben Jahr mehr als 90 Prozent der katalanischen Bürger in einem mustergültigen Referendum gestimmt haben.

In den letzten Monaten verstießen die katalanischen Behörden gegen die Prinzipien, die 40 Jahre hindurch die Grundlage unserer Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens der Spanier bildeten, und entfachten eine Stimmung, die einer ausgrenzenden nationalistischen Gesinnung und einer an Fremdenfeindlichkeit grenzenden Radikalisierung den Boden bereitet. Auf der anderen Seite stehen Hunderttausende katalanische Bürger, die weder

wollen, dass die katalanische Gesellschaft auseinanderbricht, noch, dass die Jahrhunderte alte Verbindung mit dem übrigen Spanien gekappt wird, mit Katalonien als eigenständigem Teil einer politischen Gemeinschaft. Wir demokratischen Spanier stehen nun vor der Herausforderung, die Demokratie, die Verfassung und die Gesetze zu verteidigen und die gesellschaftliche und politische Spaltung Kataloniens zu reparieren.

Herr Vorsitzender,

wir erleben zurzeit ein Vexierspiel zwischen Täuschung und Wirklichkeit, das Verwirrung stiften soll. Unter dem irreführenden Vorwand der Berufung auf die Demokratie werden ihre Grundsätze mit Füßen getreten. Die Venedig-Kommission hat zweimal warnend darauf hingewiesen, dass das auf 1. Oktober angesetzte „Referendum“ nicht den Kriterien der Kommission entspreche, da es im Widerspruch zur Verfassung und den Gesetzen steht. Die katalanische Regierung ignorierte dieses Gutachten und fuhr mit ihrem Vorhaben fort. Diese verantwortungslose Haltung war der Auslöser für alle weiteren Ereignisse, die wir am 1. Oktober erlebt haben.

Lassen Sie mich nun auf einige Fakten eingehen, die nicht unter den Tisch fallen sollten und sich am Tag der Abstimmung zugetragen haben. Ich beziehe mich hier auf das Fehlen eines Wählerverzeichnisses, das Fehlen von Wahlbeobachtern, und auf Stimmzettel, die von den Wählern selbst ausgedruckt wurden. Es gibt nachweislich Fälle von mehrfacher Stimmabgabe, der Aufstellung von Wahlurnen auf der Straße und in Privathäusern und der Auszählung von Stimmen an so atypischen Orten wie Gotteshäusern. Es wurden undurchsichtige Wahlurnen sowie Wahlurnen verwendet, die schon im Voraus mit Stimmzetteln gefüllt waren. Als am Abend des 1. Oktober die ersten Auszählungsergebnisse von den Verantwortlichen für diesen Tag bekanntgegeben wurden, lag die Wahlbeteiligung bei 100,88 Prozent. Aufgrund seiner offenkundigen Rechtswidrigkeit ist das sogenannte „Referendum“ ohne jede Gewähr. Betroffen blickten wir auf dieses Trauerspiel, das auf ein einziges Ergebnis ausgerichtet war, nämlich eine plumpe Rechtfertigung für die einseitig erklärte Abspaltung zu liefern.

Herr Vorsitzender,

ich möchte nun auf eine andere vorgebliche Tatsache eingehen, über die wir nachdenken sollten, den anscheinend „repressiven Staat“. Die Gewaltszenen vom 1. Oktober waren in den Medien fast rund um die Uhr zu sehen und vernebelten die wesentlichen Fakten dahinter: die offenkundige Verletzung des Rechtsstaats, den schweren Angriff auf das Interesse der Allgemeinheit und die Verletzung der Grundrechte und Grundfreiheiten von Millionen Bürgern.

Erstens möchte ich betonen, dass die Sicherheitskräfte in Verteidigung unserer Verfassungsordnung gehandelt haben. Sie taten dies auf richterliche Anordnung, um die Abhaltung des Referendums zu verhindern, und erfüllten ihre Pflicht in einem außerordentlich feindseligen Umfeld.

Wir Spanier haben aus der Geschichte gelernt und lehnen gewaltsame Aktionen ab. Die unerlässliche Voraussetzung für sozialen Frieden ist die Achtung demokratischer Gesetze. Sollte es zu missbräuchlicher oder übertriebener Anwendung von Gewalt gekommen sein, wird der Rechtsstaat auf etwaige Anzeigen über die Gerichte reagieren. Wir

haben volles Vertrauen in den Rechtsstaat. Erlauben Sie mir, daran zu erinnern, dass Spanien das Land mit den wenigsten Verurteilungen pro Einwohner durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist.

Zweitens möchte ich festhalten, dass das Eingreifen der staatlichen Sicherheitskräfte nicht willkürlich, geschweige denn vorsätzlich erfolgte, wie manche glauben machen wollen. Das Eingreifen der Sicherheitskräfte galt der Beschlagnahmung von Material, mit dem eine Tat begangen werden sollte, die die Gerichte als rechtswidrig erklärt hatten. Zur Umsetzung dieses richterlichen Beschlusses war die Räumung von Zonen unvermeidbar, die besetzt worden waren, um den Vollzug dieser Befehle zu vereiteln.

Drittens scheint es mir – nicht zuletzt angesichts der Behauptung, es hätte am 1. Oktober eine „brutale Unterdrückung“ stattgefunden, wofür über 800 Verletzte angeführt wurden – notwendig, zu betonen, dass anhand überprüfter Daten nur vier Verletzte in ein Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Zwei davon mit leichten Verletzungen, die schon tags darauf entlassen werden konnten, sowie ein Siebzigjähriger, der einen Herzinfarkt erlitt und sich ebenso wie eine Person mit schwereren Verletzungen noch in Behandlung befindet.

Umgekehrt wurde über die Aggression gegen die Sicherheitskräfte und die verletzten Gendarmen und Polizisten (über 30 Personen) nicht im gleichen Ausmaß in Wort und Bild berichtet. Man muss auch die Schikanen erwähnen, denen Polizisten, Journalisten, Politiker und einzelne Bürger ausgesetzt waren, die das illegale Referendum nicht unterstützten. Nach wie vor kommt es zu solchen gewalttätigen Angriffen und Tötlichkeiten, auch zu solchen, die man als Hassverbrechen bezeichnen könnte und die eine schwere Verletzung der Grundrechte darstellen.

Herr Vorsitzender,

ich möchte auch die Besorgnisse nicht unerwähnt lassen, die verschiedentlich über die angebliche Einschränkung verschiedener Rechte geäußert wurden, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es wurden keine Maßnahmen allgemeiner oder willkürlicher Art getroffen. Bei den auf richterliche Anordnung ergriffenen Maßnahmen handelte es sich auch im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten um Sondermaßnahmen, die unmittelbar der Verhinderung rechtswidriger Handlungen im Zusammenhang mit der Abhaltung des Referendums dienen sollten. Weder wurden Journalisten verhaftet, noch kam es zur Intervention bei Medien oder zur Zensur von Nachrichten – wie auch ausreichend aus der umfangreichen Medienberichterstattung über die Ereignisse dieses Tages hervorgeht ist.

Und es gab auch keinerlei Einschränkung des Rechts auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Man darf die Handlungen von Gruppen und Personen, die sich eindeutig gerichtlichen Entscheidungen widersetzen oder Widerstand gegen die Staatsgewalt leisten, um den Vollzug dieser Entscheidungen zu vereiteln, nicht mit der Ausübung des Rechts auf Versammlungsfreiheit verwechseln. Darüber hinaus hat Spanien schon positiv auf das Ersuchen der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen vom 27. September um einen Besuch betreffend das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit reagiert. Seit 1991 gibt es eine offene und ständige Einladung Spaniens an alle Berichterstatter und unabhängigen Sachverständigen der Vereinten Nationen, unserem Land im Rahmen ihres

jeweiligen Mandats einen Besuch abzustatten. Bis dato liegen keine unbeantworteten Ersuchen vor, die Spanien über das System der Vereinten Nationen übermittelt wurden.

Ich möchte auch noch ein Faktum erwähnen, das uns mit besonderer Sorge erfüllt, nämlich die Verwendung, Verarbeitung und Verbreitung personenbezogener Daten von Millionen katalanischer Bürger (Adressen, Nummern von Telefonen und Identitätsausweisen), was eine massive Verletzung des Grundrechts auf den Schutz personenbezogener Daten darstellt.

In meiner Wortmeldung von vergangener Woche habe ich die Desinformationen und Manipulationen rund um die jüngsten Ereignisse in Katalonien beschrieben. Diese wurden fortgesetzt und zwar in immer größerem Ausmaß. Es waren manipulierte Fotos in großer Menge im Umlauf und Bilder von früheren Vorfällen wurden zur Illustration der Ereignisse vom 1. Oktober verwendet. Ich appelliere an Sie alle, Vorsicht und gesunden Menschenverstand walten zu lassen, wenn Sie anhand dieses Bildmaterials die Lage in einem offenen und gastfreundlichen Land, das in den letzten Jahren alljährlich von mehr als 70 Millionen Touristen besucht wurde, beurteilen wollen; in einem Land, das einige jetzt so darstellen wollen, als wäre es einem unterdrückerischen und feindseligen Regime unterworfen.

Herr Vorsitzender,

die Ankündigung des Präsidenten von Katalonien, demnächst einseitig die Unabhängigkeit von Katalonien zu erklären, ist eine sehr ernste Angelegenheit, die Anlass zu großer Besorgnis gibt. Die Regierung von Katalonien hat einen Anschlag auf die Demokratie vor, der in einem Aufstand enden wird. Unsere demokratischen Einrichtungen haben die Pflicht und Verantwortung, diesem Versuch gelassen und entschlossen entgegenzutreten. Die Regierung Spaniens ist heute wie auch in der Vergangenheit dialogbereit; ein solcher Dialog kann jedoch erst nach der Rückkehr zur demokratischen Rechtmäßigkeit, zur Verfassungstreue und zur öffentlichen Ordnung stattfinden. Die Tötlichkeiten und gegen die Ordnungskräfte und deren Verfolgung müssen aufhören, ebenso wie die Drohungen und der Druck gegen Bürger, die nicht für die Unabhängigkeit sind.

In dieser schwierigen und komplexen Situation hat sich seine Majestät der König Felipe VI. am vergangenen Dienstag, dem 3. Oktober, in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt an das spanische Volk gewendet und uns daran erinnert, dass unsere demokratischen Prinzipien stark und verlässlich sind. Sie sind stark und verlässlich, weil sie vom Wunsch von Millionen Spaniern ausgehen, miteinander in Frieden und Freiheit zu leben. Der Staatsoberhaupt hat seinem Wunsch und seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, dass auch Katalonien auf diesem Weg, bei diesem besseren Spanien, das wir uns alle wünschen, mit dabei sein wird.

Herr Vorsitzender,

in dieser Organisation, die für umfassende Sicherheit auf der Grundlage der Einhaltung von Normen (*rules based security*) steht, wissen wir, dass eine Beschädigung der Rechtstaatlichkeit eine Gefährdung der Sicherheit nach sich ziehen kann. Deshalb bin ich für die Wortmeldungen dankbar, mit denen Sie in diesen Tagen für die Demokratie und Rechtstaatlichkeit in Spanien eingetreten sind. Ihre Unterstützung ist uns sehr wichtig. Seien Sie versichert, dass die demokratischen Institutionen Spaniens nicht von ihrem Kurs abweichen

werden, der auf einem Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Demokratie zwischen allen Spaniern beruht, deren Rechte und Freiheiten in der Verfassung von 1978 verankert sind.

Herr Vorsitzender,

wir wären Ihnen verbunden, diese Erklärung dem Journal der heutigen Plenarsitzung beifügen zu lassen.

Vielen Dank!